



Landeshauptstadt
Potsdam



**Potsdamer Seniorenplan
(Kurzversion)
2026**

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit
Fachbereich Soziales und Inklusion
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

www.potsdam.de

Text und Bearbeitung:

Arbeitsgruppe: Integrierte Sozialplanung (3802)
Ansprechpartner/-innen:
Frau Häußler (Altenhilfekordinatorin)
Frau Baumann (Armutspräventionskordinatorin)
Herr Gumberger (Sozialplaner)
Frau Becker (Pflegestrukturplanerin)

Telefon: 0331/289 2449
Integrierte.Sozialplanung@Rathaus.Potsdam.de

Fotos:

©absolut - stock.adobe.com, ©Peggy Blume - stock.adobe.com, ©Peter Maszlen - stock.adobe.com

Stand: 11/2025

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Lesehinweis:

Die Zahlen in eckigen Klammern [...] verweisen auf eine Auslassung oder Anpassung in wörtlichen Zitaten, Angaben in runden Klammern () auf eine Quellenangabe. Diese sind im Literaturverzeichnis am Ende des Seniorenplanes 2026 zu finden.

Grußwort

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich sehr, Ihnen den Potsdamer Seniorenplan 2026 vorzustellen zu können. Mit der Fortschreibung des Seniorenplans wird die Voraussetzungen in der Landeshauptstadt Potsdam ausgebaut, den aktuellen Herausforderungen, wie etwa dem demographischen Wandel und steigendem Pflegebedarf in unserer Stadt, zu begegnen.



Mir ist es ein großes Anliegen, die Lebensqualität ihrer Seniorinnen und Senioren im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge durch den Ausbau von Angeboten entsprechend den sich verändernden Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren weiterzuentwickeln und die sozialen Strukturen zu stärken. Der Seniorenplan 2026 zielt darauf ab, in der Landeshauptstadt Potsdam die gesellschaftliche Teilhabe und die Selbstständigkeit ihrer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger zu fördern und zu erhalten. Beides trägt maßgeblich dazu bei, dass Seniorinnen und Senioren ihren Lebensabend selbstbestimmt und im vertrauten Wohnumfeld verbringen können. In dem vorliegenden Seniorenplan ist hierfür ein breites Spektrum von vielfältigen Angeboten zur Weiterentwicklung der Seniorenarbeit für ein gutes und selbstbestimmtes Älterwerden in Potsdam abgebildet.

Der Plan selbst nimmt vier Handlungsfelder - die Gesundheitsförderung und Prävention, die soziale und kulturelle Teilhabe, die Bildung und Digitalisierung sowie die Mobilität und Wohnen - in den Blick. Der Verwaltung, der Politik sowie Akteuren von Trägern der freien Wohlfahrtspflege und allen in der Landeshauptstadt an diesem Thema Interessierten soll er als Grundlage und Handreichung dienen, um die Seniorenarbeit in Potsdam zukunftsweisend auszurichten und zu gestalten.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei all denjenigen, die an der Erarbeitung der Fortschreibung des Potsdamer Seniorenplan 2026 mitgewirkt haben. Ihre fachlichen Kompetenzen und ihr Engagement haben zu diesem guten Ergebnis geführt.

Würdigung, Hochachtung und Anerkennung spreche ich aber insbesondere auch gegenüber allen Ehrenamtlichen und Institutionen aus, die sich tagtäglich, an 365 Tagen im Jahr für das Wohlergehen älterer Menschen in unserer Stadt engagieren.

Meinen ganz persönlichen und herzlichen Dank dafür.



Brigitte Meier

Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Einleitung

In einer immer älter werdenden Gesellschaft gewinnt der Wunsch nach einem selbstständigen Leben und Wohnen bei guter Lebensqualität bis ins hohe Alter zunehmend an Bedeutung.

Kommunen haben zudem gemäß § 71 SGB XII den Auftrag durch präventive Angebote gesellschaftlichen Herausforderungen, wie etwa sozialem Ausschluss, zu begegnen und präventiv entgegenzuwirken. Dem Altenhilfeparagraph (§ 71 SGB XII) zufolge sollen sie gemäß der Daseinsvorsorge die selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung sowie gesellschaftliche Teilhabe alter Menschen fördern. Mit den Maßnahmen des fortgeschriebenen Seniorenplans soll diesem Auftrag Rechnung getragen werden. Die kommunale Seniorenplanung nimmt hierfür die Lebenswelt der Menschen ab 65 Jahren in den Fokus.

Der hier vorliegende Kurzbericht des Seniorenplans 2026 zeigt hierbei ausschließlich die Maßnahmen für die qualitative und quantitative Weiterentwicklung der Angebote und der kommunalen Versorgungs- und Infrastruktur, die für die Verwaltung, Träger und Politik wegweisend sind, auf. Er widmet sich in vier Kapiteln folgenden identifizierten Handlungsfeldern:

- Gesundheitsförderung und Prävention
- Soziale und kulturelle Teilhabe, Bildung und Digitalisierung
- Mobilität und
- Wohnen und Leben im Quartier altersgerecht gestalten

Weitere Angaben zum Planungsprozess, zu bestehenden Angeboten, Kennzahlen, den Ergebnissen der Seniorenbefragung sowie die Evaluationsergebnisse der letzten Seniorenpläne finden Sie in der Vollversion des Seniorenplans.

Handlungsfeld Gesundheitsförderung und Prävention

Im Folgenden werden die Ziele und Maßnahmen zum Handlungsfeld Gesundheitsförderung und Prävention vorgestellt. Dieses beinhaltet die folgenden fünf Maßnahmen:

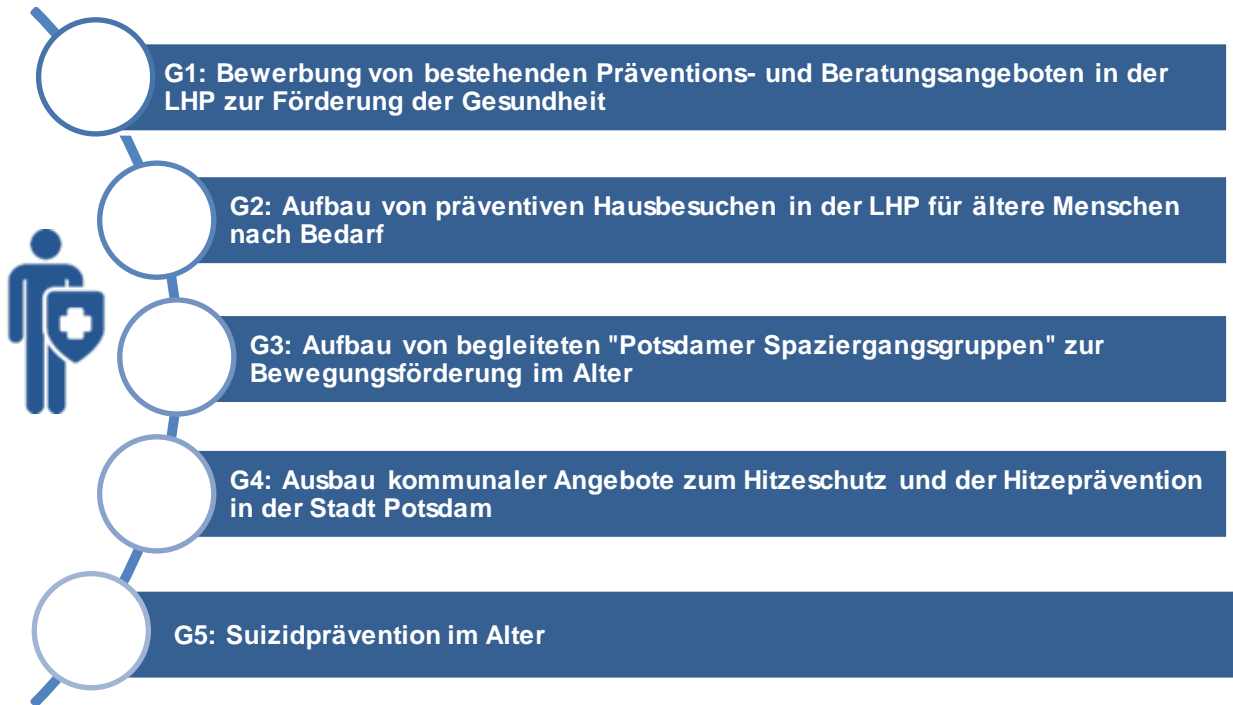


Abbildung 10: Maßnahmen im Handlungsfeld Gesundheitsförderung und Prävention (eigene Darstellung).

Titel der Maßnahme	G1: Bewerbung von bestehenden Präventions- und Beratungsangeboten in der LHP zur Förderung der Gesundheit		
Ziel der Maßnahme	Steigerung der Inanspruchnahme von Präventions- und Beratungsangeboten von älteren Menschen in der Stadt Potsdam.		
Beschreibung der Maßnahme	Damit die Gesundheitspräventionsangebote sowie Beratungsangebote im Handlungsfeld Gesundheit (z. B. <i>Pflegestützpunkt</i> , Demenzberatungsstelle, Beratungsstelle für psychisch kranke Menschen und suchterkrankte Menschen, Betreuungsbehörde, Kompetenzzentrum Demenz, Pflege in Not) bekannter werden, soll unter dieser Maßnahme die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut werden. Weiterhin sollen Beratungsangebote zum Thema „Vorsorge im Alter“ aktiv beworben werden. Dies soll in Form geeigneter Produkte und Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit sowie über die Digitalplattformen „Mittendrin in Potsdam“ und „Wegweiser Seelische Gesundheit“ erfolgen.		
Begründung	Wie die Ergebnisse der <i>Seniorenbefragung</i> in Bezug auf die Generation 65plus aufgezeigt haben, sind den Potsdamer Betroffenen mehrheitlich bedeutende Beratungsangebote im Gesundheitsbereich nicht bekannt. Die Umfrage ergab zudem, dass Gesundheitspräventionsangebote von einigen Bevölkerungsgruppen seltener wahrgenommen werden. Auch haben Seniorinnen und Senioren je nach Geschlecht unterschiedliche Gesundheitsverhalten.		
Zielgruppe	Personen ab dem 65. Lebensjahr, Angehörige		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Fachbereich Soziales und Inklusion (38)		
Beteiligte	Bereich Presse und Kommunikation (991), Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst (33)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> – Kosten der Maßnahme: im Rahmen des eingeplanten Budgets für Öffentlichkeitsarbeit (ca. 3.000 €) – Finanzierungsquelle: Haushaltsmittel Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 38		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, fortlaufend		

Titel der Maßnahme	G2: Aufbau von präventiven Hausbesuchen in der LHP für ältere Menschen nach Bedarf		
Ziel der Maßnahme	Rechtzeitige Erkennung von Vereinsamung und Isolation sowie frühzeitige Vermittlung von wohnortnahen Hilfs- und Unterstützungsangeboten.		
Beschreibung der Maßnahme	Der Potsdamer Generation 65plus soll per Post ein Hausbesuch angeboten werden. Das persönliche Gespräch im häuslichen oder vertrauten Umfeld soll durch eine Fachkraft der LHP angeboten werden und über bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebote, zur Pflege, hauswirtschaftlicher Unterstützung sowie selbstständigen Lebensführung informieren und beraten.		
Begründung	Die meisten der Potsdamer Zielgruppe leben in den eigenen vier Wänden oft allein. Wie die Ergebnisse der <i>Seniorenbefragung</i> zeigen, sind der Mehrheit der älteren Menschen die Beratungsangebote der LHP nicht bekannt bzw. ist nicht immer klar, welche Hilfe in Anspruch genommen werden kann. Im Rahmen der präventiven Hausbesuche sollen ihnen die oft schwer zu überschauenden Hilfs- und Unterstützungsangebote erklärt und zugänglich gemacht werden.		
Zielgruppe	Personen ab dem 65. Lebensjahr		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Fachbereich Soziales und Inklusion (38)		
Beteiligte	Zentraler Post- und Beschaffungsservice (5522), Ordnung und Sicherheit (32)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> – Kosten der Maßnahme: Personal: ca. 200.000 € (max. 2,0 VZE Stellen S12); Aufwand: 4.000 € (Porto Briefe) – Finanzierungsquelle: Personal: Drittmittelfinanzierung: § 123 SGB XI oder Pakt für Pflege Aufwand: Haushaltsmittel – Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Personal: Nutzung Stellenpool refinanzierter Stellen. Zuständigkeit: FB 38 Aufwand: <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 38 		
Zeitlicher Rahmen	Modellprojekt ab 2026–2028		

Titel der Maßnahme	G3: Aufbau von begleiteten „Potsdamer Spaziergangsgruppen“ zur Bewegungsförderung im Alter		
Ziel der Maßnahme	Erhalt und Förderung der körperlichen und mentalen Gesundheit älterer Menschen.		
Beschreibung der Maßnahme	In den einzelnen Sozialräumen sollen über die Stadt verteilt wohnortnah begleitete Spaziergangsgruppen für ältere Menschen aufgebaut werden. Unter Anleitung und Betreuung einer qualifizierten Person (Spaziergangsbegleitung) treffen sich wohnortnah bis zu zehn Menschen, um gemeinsam in den Parkanlagen der Stadt spazieren zu gehen. Neben der Bewegungsförderung sollen bei diesem Angebot die Förderung sozialer Teilhabe und der gemeinsame Austausch im Fokus stehen. Die Teilnahme am Angebot ist für die Zielgruppe kostenlos und ohne Anmeldeformalitäten.		
Begründung	Bewegung fördert nachweislich die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und das physische und psychische Wohlbefinden eines Menschen. Durch regelmäßige Bewegung und gezielte Übungen wird u. a. das Gleichgewicht, die Koordinierung und die Muskelkraft trainiert. Dadurch bleiben bestehende Fähigkeiten länger erhalten, was ein selbstständigeres und selbstbestimmteres Leben im Alter ermöglicht und fördert.		
Zielgruppe	Personen ab dem 65. Lebensjahr		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Fachbereich Soziales und Inklusion (FB 38)		
Beteiligte	Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit (395), Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, ggf. Träger der Altenhilfe oder Sportvereine		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Maßnahme: 30.000 € - Finanzierungsquelle: Haushaltsmittel Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 38		
Zeitlicher Rahmen	Einführung im Jahr 2026, fortlaufendes Angebot bei Bewährung		

Titel der Maßnahme	G4: Ausbau kommunaler Angebote zum Hitzeschutz und zur Hitzeprävention in der Stadt Potsdam		
Ziel der Maßnahme	Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung für die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze. Schutz der Bevölkerung bei Hitzeereignissen gewährleisten.		
Maßnahme	<p>Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels sollen unterschiedliche Teilmaßnahmen zum Hitzeschutz in der Stadt Potsdam ergriffen und umgesetzt werden, bspw.:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Fortführung der Sensibilisierungskampagne durch den Medizinischen Bevölkerungsschutz – Verschattungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum durch natürliche Beschattung (Bäume), Ausbau von Sitzgelegenheiten im Schatten im öffentlichen Raum – Unterhaltung und Herstellung von Grünflächen durch das Grünflächenamt 		
Begründung	<p>Mit dem Klimawandel nehmen die gesundheitlichen Belastungen durch Hitze zu. So beeinträchtigen Hitzetage, Tropennächte und Hitzewellen die Lebensqualität in den Städten erheblich, die zu einem Anstieg von hitzebedingten Todesfällen und Krankheiten, wie Dehydrierung, Hitzschlag und Herz-Kreislaufkrankungen führen. Vor diesem Hintergrund ist der Hitzeschutz der Bevölkerung zu einer wichtigen Aufgabe der Kommunen geworden, die mit gezielten Maßnahmen dazu beitragen sollen, die hitzebedingten Gesundheitsrisiken der Bevölkerung zu senken sowie die Aufenthaltsqualität in den Städten und Gemeinden zu erhalten bzw. zu verbessern.</p>		
Zielgruppe	Alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Potsdam, insbesondere vulnerable Gruppen wie z. B. ältere und pflegebedürftige Menschen		
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst (33)		
Beteiligte	Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen (45), Bereich Presse und Kommunikation (991)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> – Kosten der Maßnahme: 213.000 € – Finanzierungsquelle: Haushaltsmittel konsumtiv: 3.000 € p. J. für Sensibilisierung Haushaltsmittel Investiv: 200.000 € p. J. für bauliche Maßnahmen, 10.000 € p.J. für Pflege/Unterhaltung) – Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/> ja Sensibilisierung: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 38 Bauliche Maßnahmen: Für den Haushaltsaufstellungsprozess 2027 ff. angedacht, vorbehaltlich der jeweiligen Haushaltssituation 		
Zeitlicher Rahmen	2026ff., fortlaufend		

Titel der Maßnahme	G5: Suizidprävention im Alter		
Ziel der Maßnahme	Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit über Suizidrisiken, insbesondere im Hinblick auf die Problemlagen älterer Menschen. Entwicklung, Initiierung und Umsetzung einer evidenzbasierten Suizidpräventionsstrategie für die LHP unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ziel- und Altersgruppen (junge Erwachsene, Männer im mittleren Alter und Generation 65plus).		
Maßnahme	Zur Prävention von Suiziden im Alter sollen durch den Träger der Kontakt und Beratungsstelle für Menschen mit psychischer Erkrankung Fort- und Weiterbildungsangebote für professionelle und nichtprofessionelle Akteure im Bereich der Altenhilfe zum Thema Suizidgefahr im Alter entwickelt und durchgeführt werden, um rechtzeitige Alarmsignale bei gefährdeten älteren Menschen zu erkennen sowie Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten aufzuzeigen.		
Begründung	Ältere Menschen gehören nachweislich zu den Hochrisikogruppen für Suizide. Den Angaben der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention (2025) begehnen in Deutschland jährlich mehr als 10.000 Menschen einen Suizid. Von ihnen sind über 40 % 65 Jahre und älter (Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention, 2025). Mit höherem Lebensalter (85plus) nehmen die Anfälligkeit und Häufigkeit von psychischen und körperlichen Krankheiten zu. Die Bewältigung des Alltags fällt unter diesen Umständen oftmals schwerer, sodass Hilfe- und Pflegebedürftigkeit wahrscheinlicher werden. Wenn zudem geistige Fähigkeiten nachlassen und soziale Beziehungen zurückgehen, können diese Verluste zu einer großen Belastung für ältere Menschen werden, die in Folge zu Depressionen und letztendlich auch Suizidalität führen können (Arbeitsgruppe Alte Menschen im Nationalen Suizidpräventionsprogramm für Deutschland, 2024).		
Zielgruppe	Potsdamerinnen und Potsdamer, insbesondere vulnerable Gruppen wie z.B. Ältere und pflegebedürftige Menschen		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Öffentlicher Gesundheitsdienst/Psychiatriekoordination (33)		
Beteiligte	Kontakt- und Beratungsstelle (KBS), Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft der Landeshauptstadt Potsdam (PSAG), Sozialpsychiatrischer Dienst (SpDi)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Maßnahme: 298.000 € p. J. (abgedeckt durch Betreibervertrag mit der Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit einer psych. Erkrankung) - Finanzierungsquelle: Haushaltsmittel - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 33 		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, fortlaufend		

Handlungsfeld • Soziale und kulturelle Teilhabe, Bildung und Digitalisierung

Im Folgenden werden die Maßnahmen zum Handlungsfeld Soziale sowie kulturelle Teilhabe, Bildung und Digitalisierung vorgestellt. Dieses beinhaltet die folgenden sieben Maßnahmen:

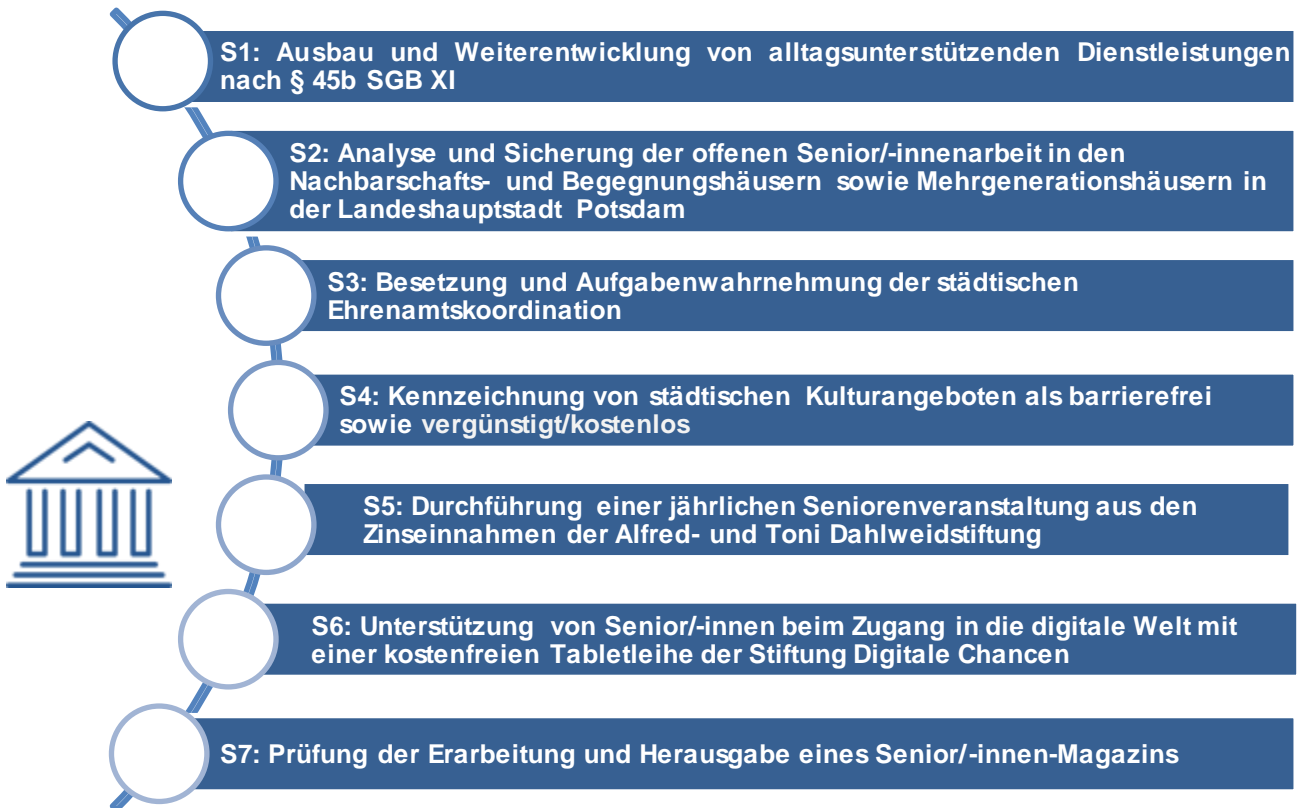


Abbildung 13: Maßnahmen im Handlungsfeld Soziale und kulturelle Teilhabe sowie Bildung und Digitalisierung (eigene Darstellung).

Titel der Maßnahme	S1: Ausbau und Weiterentwicklung von alltagsunterstützenden Angeboten nach § 45b SGB XI		
Ziel der Maßnahme	Weiterentwicklung einer Angebotsstruktur, um Vereinsamung vorzubeugen sowie zur Entlastung von pflegenden Angehörigen		
Beschreibung der Maßnahme	<p>Im Mittelpunkt dieser Maßnahme stehen die Weiterentwicklung der bestehenden Angebote zur Vermeidung von Einsamkeit und zur Entlastung von pflegenden Angehörigen. Die Anerkennungsverordnung des Landes Brandenburg vom 4. Januar 2016 ermöglicht unter anderem Begleitangebote, bspw. zu Behörden, Ärzten, Kulturangeboten, haushaltsnahe Tätigkeiten und Gruppenangebote.</p> <p>Zur qualifizierten Weiterentwicklung des Angebots soll die erstellte Bestandsanalyse der <i>Fachstelle für Altern und Pflege im Quartier (FAPIQ)</i> genutzt werden. Ein bereits initialisiertes Austauschformat zwischen den Anbietern ist fortzuführen. Zur Finanzierung des Ausbaus sind Mittel des <i>Pakts für die Pflege</i> zu nutzen.</p>		
Begründung	Ältere Menschen sind besonders von Einsamkeit betroffen. Die meisten der Potsdamer Senior/-innen leben in der Regel allein, manchmal zu zweit. Einsamkeit und soziale Isolation können schwerwiegende Folgen für die Lebensqualität und die Gesundheit haben. Indem ältere Menschen Zugang zu Begleit- und Besuchsdiensten haben, können sie soziale Kontakte knüpfen, unterstützt werden und ihre Lebensqualität verbessern.		
Zielgruppe	Pflegebedürftige ab Pflegegrad 1		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Soziales und Inklusion (38)		
Beteiligte	Anbieter von alltagsunterstützenden Angeboten, Ehrenamtsagenturen		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Maßnahme: 50.000 € - Finanzierungsquelle: Fördermittel aus dem <i>Pakt für Pflege</i> (20 % Eigenmittel) - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 38 		
Zeitlicher Rahmen	2026, fortlaufend		

Titel der Maßnahme	S2: Analyse und Sicherung der offenen Seniorenarbeit in den Nachbarschafts- und Begegnungshäusern sowie Mehrgenerationenhäusern in Potsdam		
Ziel der Maßnahme	Analyse der Angebote in den bestehenden Mehrgenerations-, Nachbarschafts- und Begegnungshäusern (NBHs) mit Blick auf die ältere Bevölkerung. Sicherung der Angebote für Senior/-innen in den bestehenden Mehrgenerations-, Nachbarschafts- und Begegnungshäusern.		
Beschreibung der Maßnahme	<p>Im Rahmen dieser Maßnahme sollen die Angebote der Seniorenarbeit in den Häusern analysiert werden. Hierzu nimmt der Fachbereich Soziales und Inklusion gemeinsam mit dem Bereich Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit über den <i>AK Begegnungshäuser</i> Kontakt zu den Anbietern auf. Die Analyse wird durch die Altenhilfekoordination (3802) vorgenommen.)</p> <p>Wesentlich ist zumindest die Sicherung der Angebote der Seniorenarbeit in den einzelnen Häusern.</p> <p>Im Zuge der Weiterentwicklung der Angebote soll die Digitalplattform "Mittendrin in Potsdam" von den einzelnen Einrichtungen aktiv zur Eintragung von Angeboten genutzt werden.</p>		
Begründung	<p>Die Maßnahme trägt dazu bei, die Lebensqualität von Senior/-innen in der Stadt Potsdam zu verbessern, ihre soziale Teilhabe zu fördern und Vereinsamung entgegenzuwirken. Durch den Ausbau und die Weiterentwicklung von niedrighschwelligen Angeboten wird Senior/-innen ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Ruhestand ermöglicht.</p> <p>Insbesondere tragen die Angebote für Menschen mit Demenz, zu einer Unterstützung sowie Entlastung pflegender Angehöriger bei. Weiterhin wird die soziale und kulturelle Teilhabe gefördert.</p>		
Zielgruppe	Senior/-innen, Demenzerkrankte, Pflegende Angehörige		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Altenhilfekoordination (38)		
Beteiligte	Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit (395)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Maßnahme: Sicherung erfolgt im Rahmen der Grundförderung der NBHs (durch 395) - Finanzierungsquelle: Haushaltsmittel - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 39 		
Zeitlicher Rahmen	2026, fortlaufend		

Titel der Maßnahme	S3: Besetzung und Aufgabenwahrnehmung der städtischen Ehrenamtskoordination		
Ziel der Maßnahme	Besetzung und Aufgabenerfüllung der städtischen Ehrenamtskoordination.		
Beschreibung der Maßnahme	Für eine bessere Sichtbarkeit und Wirksamkeit nach außen soll die Öffentlichkeitsarbeit der Ehrenamtsarbeit in Bezug auf Senior/-innen in der LHP verbessert werden. Darüber hinaus muss das Ehrenamtskonzept für die Stadt Potsdam umgesetzt werden (insbesondere Berücksichtigung der Evaluation von Bedarfen und Ressourcen), um mehr Senior/-innen für ein Ehrenamt zu gewinnen. Ein wichtiger Bestandteil ist die Organisation und Betreuung von Veranstaltungen, um Senior/-innen für ein ehrenamtliches Engagement in Organisationen, Vereinen und Initiativen als sinnstiftende Beschäftigung im Ruhestand zu gewinnen. Darüber hinaus soll der Austausch der Ehrenamtsagenturen und der Ehrenamtlichen selbst durch entsprechende Formate gefördert werden.		
Begründung	Mit Eintritt in den Ruhestand haben Senior/-innen grundsätzlich mehr freie Kapazitäten, sich freiwillig in Organisationen, Vereinen und Initiativen zu engagieren. Durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft und haben die Möglichkeit, ihre Lebenserfahrung weiterzugeben und dabei anderen Menschen zu helfen. Die Ehrenamtskoordination stellt weiterhin eine wichtige Schnittstelle zwischen potenziellen Ehrenamtlichen, Trägern und Vereinen dar.		
Zielgruppe	Senior/-innen ab dem 65. Lebensjahr		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Ehrenamtskoordination (901)		
Beteiligte	Ehrenamtsagenturen		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Ggf. Budget pro Jahr: 5.000 € - Finanzierungsquelle: Haushaltsmittel - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 901 		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, fortlaufend		

Titel der Maßnahme	S4: Koordinierung der Kennzeichnung von städtischen Kulturangeboten als barrierefrei sowie vergünstigt/kostenlos		
Ziel der Maßnahme	Förderung und Stärkung kultureller Teilhabe von Senior/-innen durch eine aktive Teilhabe am öffentlichen Leben.		
Beschreibung der Maßnahme	Koordinierung der Kennzeichnung von kulturellen Angeboten als barrierefrei und vergünstigt/kostenlos in einer zu erstellenden Broschüre und auf den Online-Plattformen.		
Begründung	<p>Eine Kennzeichnung soll es Senior/-innen ermöglichen, leichter an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen, da sie wissen, dass ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden und die Angebote finanziell bezahlbar sind. Durch die gezielte Kennzeichnung der Angebote werden Hemmschwellen abgebaut und die Zugänglichkeit für Senior/-innen verbessert.</p> <p>Viele Senior/-innen zögern möglicherweise aufgrund von Barrieren wie mangelnder Barrierefreiheit oder zu hohen Kosten an Kulturveranstaltungen teilzunehmen. Die Kennzeichnung der Angebote soll dabei helfen, diese Hemmschwellen abzubauen und die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen.</p>		
Zielgruppe	Senior/-innen ab dem 65. Lebensjahr		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Altenhilfekoordination (3802)		
Beteiligte	Kulturträger, Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (904), Fachbereich Museum und Kultur (24), Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit (395)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Ggf. Budget pro Jahr: keine Kosten - Finanzierungsquelle: - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: HH durch: 		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, fortlaufend		

Titel der Maßnahme	S5: Durchführung einer jährlichen Seniorenveranstaltung aus den Zinseinnahmen der Alfred und Toni Dahlweid-Stiftung		
Ziel der Maßnahme	Förderung sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe.		
Beschreibung der Maßnahme	Zur Durchführung der Maßnahme wird aus den jährlichen Zinserträgen einmal pro Jahr eine Veranstaltung für Potsdamer Senior/-innen (z. B. am <i>Tag der älteren Menschen</i>) durch den <i>Seniorenbeirat der Stadt Potsdam</i> organisiert und durchgeführt. Dies kann bspw. eine Weihnachtsfeier, eine Schifffahrt oder ein Sommerfest sein.		
Begründung	Auf Grundlage des § 71 SGB XII soll unter dieser Maßnahme die gesellschaftliche Teilhabe von Senior/-innen gefördert werden. Für viele ältere Menschen ist die soziale Teilhabe sowie Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben aufgrund körperlicher oder geistiger Einschränkungen ohne Unterstützung oftmals nicht mehr möglich. Ein weiterer Grund können auch fehlende finanzielle Mittel (Altersarmut) sein. Vereinsamung und Ausgrenzung im Alter können u. a. auch zu depressiven Erkrankungen führen und somit negative Folgen für die Gesundheit älterer Menschen haben. Mit der Durchführung einer jährlich stattfindenden Seniorenveranstaltung wird die soziale und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen gefördert und Begegnung ermöglicht.		
Zielgruppe	Senior/-innen ab dem 65. Lebensjahr		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Seniorenbeirat		
Beteiligte	Bereich Presse- und Kommunikation (991), Fachbereich Soziales und Inklusion (38)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Maßnahme: 4.000 Euro p. J. - Finanzierungsquelle: Zinserträge aus Stiftungsmitteln - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: HH durch: 		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, fortlaufend		

Titel der Maßnahme	S6: Unterstützung von Senior/-innen beim Zugang in die digitale Welt mit einer kostenfreien Tabletleihe der Stiftung Digitale Chancen		
Ziel der Maßnahme	Senior/-innen einen niedrigschwelligen Zugang zu digitalen Angeboten sowie Teilhabe an der digitalen Gesellschaft ermöglichen. Aufbau und Förderung digitaler Kompetenzen von Senior/-innen.		
Beschreibung der Maßnahme	Im Rahmen des Projekts „Digital mobil im Alter“ ist unter dieser Maßnahme ein kostenfreier Verleih von Tablets an Senior/-innen vorgesehen. Dieser soll über teilnehmende Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in der LHP organisiert werden. Entsprechend den Angaben des Projekts schließen interessierte Einrichtungen hierzu mit den Kooperationspartnern der Stiftung Digitale Chancen und o2 Telefonica einen Vertrag für den Verleih der Tablets inklusive Internetzugang (SIM Karte mit kostenfreien Datenvolumen) ab. Die teilnehmenden Nachbarschafts- und Begegnungshäuser geben die Tablets dann mittels Unterleihvertrag über einen Zeitraum von acht Wochen an interessierte Seniorinnen und Senioren weiter, um ihnen einen niedrigschwelligen Zugang zur digitalen Welt zu ermöglichen. Eine Voraussetzung für die Tabletleihe ist, dass die Senioren in den Nachbarschafts- und Begegnungshäusern von einer fachkundigen Person vor Ort bei der Nutzung der Geräte unterstützt werden. Dies kann z. B. in Form eines regelmäßigen Kursangebots oder einer individuellen Sprechstunde erfolgen.		
Begründung	Ältere Menschen sollen einen Zugang zu digitalen Angeboten erhalten, da diese wie folgt zu einer Verbesserung ihrer Lebensqualität beitragen: <ul style="list-style-type: none"> – Soziale Teilhabe über Soziale Medien, Messenger – Zugang zu Informationen über digitale Nachrichten – Zugang zu Dienstleistungen über Online-Shopping/Terminvergaben – Zugang zu digitaler Bildung und Weiterbildung – Telemedizin und digitale Gesundheitsangebote Seniorinnen und Senioren zeigen hierbei im Alter geschlechtsspezifisch unterschiedliche digitale Affinitäten.		
Zielgruppe	Seniorinnen und Senioren		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Fachbereich Soziales und Inklusion (38)		
Beteiligte	Träger der offenen Seniorenarbeit (Nachbarschafts- und Begegnungshäuser), Soziokulturelle Stadtteilarbeit (395)		
Finanzielle Auswirkungen	- Ggf. Budget pro Jahr: 5.000 € - Finanzierungsquelle: Förderung des Projekts über die Stiftung digitale Chancen. Es entstehen nur Kosten (Haushaltsmittel) für den Rückversand der Tablets an die Stiftung. - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig:38		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, fortlaufend		

Titel der Maßnahme	S7: Prüfung der Erarbeitung eines Seniorinnen- und Senioren-Magazins		
Ziel der Maßnahme	Ziel des Seniorinnen- und Seniorenmagazins ist es, Seniorinnen und Senioren über verschiedene Angebote der LHP und relevanter Träger zu informieren und auf diese aufmerksam zu machen.		
Maßnahme	Unter dieser Maßnahme ist die Prüfung der Erstellung und Veröffentlichung eines Seniorinnen- und Seniorenmagazins vorgesehen, das in einem bestimmten Rhythmus im Auftrag der Stadt Potsdam erscheint und an vielbesuchten Stellen der Stadt zur kostenlosen Mitnahme ausliegt. Das Magazin soll Senior/-innen zu verschiedenen Themen informieren, bspw. zu Freizeitangeboten, Kulturangeboten, Gesundheits- und Sportangeboten, Pflegeangeboten, Wohnangeboten. Das Magazin soll u. a. einen Beitrag dazu leisten, dass Senior/-innen die Informationen erhalten, die sie für die zweite Lebenshälfte und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben benötigen. Sollte eine Herausgeberschaft durch die Landeshauptstadt Potsdam nicht möglich sein, sollte auch eine Ausschreibung an externe Dienstleister (bspw. Verlage) geprüft werden.		
Begründung	In Potsdam gibt es bereits viele Angebote, die nach Auswertung der Seniorenbefragung den älteren Bürger/-innen allerdings größtenteils nicht bekannt sind. Die Angebote sind gebündelt vorhanden und sollen über das Senior/-innenmagazin beworben werden. Da nicht alle Seniorin und Senioren über einen Zugang zum Internet verfügen, sollen mit Hilfe des Magazins analoge Zugangswege gesichert werden.		
Zielgruppe	Senior/-innen ab dem 65. Lebensjahr		
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Büro für Chancengleichheit (904), Seniorenbeirat		
Beteiligte	Fachbereich Soziale und Inklusion (38), Bereich Presse- und Kommunikation (991)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Ggf. Budget pro Jahr: 45.000 € - Finanzierungsquelle: Haushaltsmittel - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 38 		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, fortlaufend		

Handlungsfeld Mobilität

Im Folgenden werden die Maßnahmen zum Handlungsfeld Mobilität vorgestellt. Dieses beinhaltet die folgenden fünf Maßnahmen:

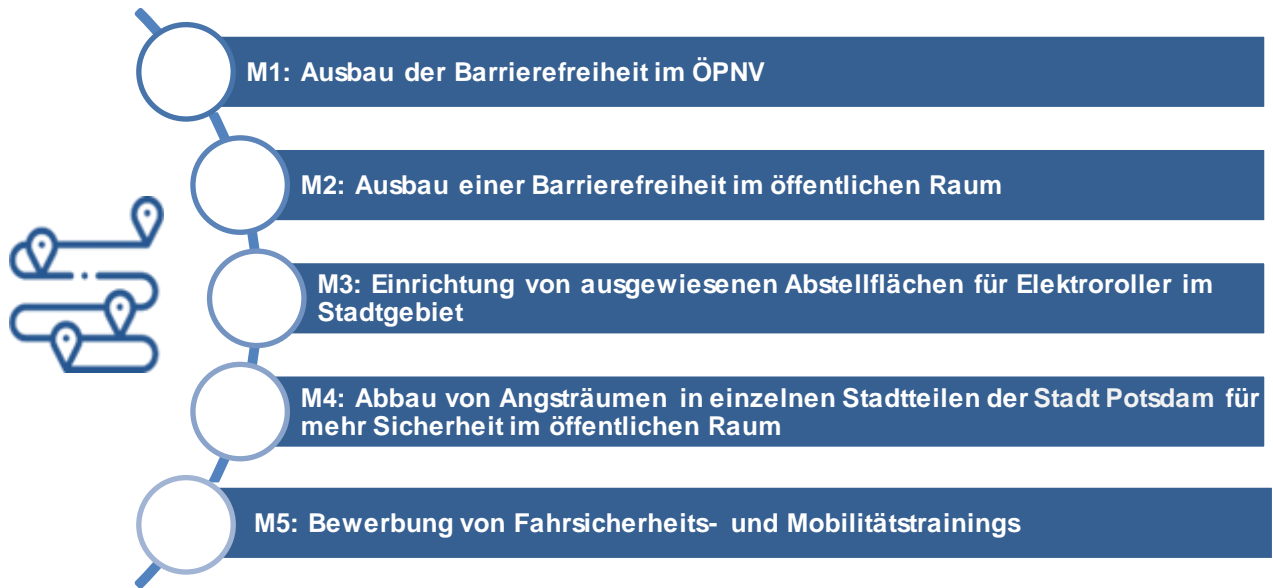


Abbildung 16: Maßnahmen zum Handlungsfeld Mobilität (eigene Darstellung).

Titel der Maßnahme	M1: Ausbau der Barrierefreiheit im ÖPNV		
Ziel der Maßnahme	Mobilität für alle Einwohnende und Besuchende der Stadt Potsdam gewährleisten, insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen.		
Beschreibung der Maßnahme	<p>In der Stadt Potsdam soll der ÖPNV vollständig barrierefrei ausgebaut werden. Wesentlich hierfür sind die Beschaffung und der Einsatz barrierefreier Straßenbahnen in der Stadt. Für den barrierefreien Ausbau der Straßenbahn-Infrastruktur (Haltestellen) sind die VIP und die LHP gemeinsam zuständig. Der Ausbau der Infrastruktur an den Bushaltestellen obliegt der LHP.</p> <p>Nach vorliegender Planung sollen in den kommenden Jahren folgende Bus- und Straßenbahnhaltestellen barrierefrei umgestaltet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Nauener Tor (Tram + Bus) - Brandenburger Straße (Tram + Bus) - Im Bogen/Zepplinstraße (Tram) - Abzweig nach Eiche - weitere gemäß Prioritätenliste <p>Weiterhin soll unter dieser Maßnahme geprüft werden, an welchen Haltestellen in der Stadt Bänke fehlen und diese nachgerüstet werden müssen. Dies beinhaltet entsprechend den Vorgaben auch die Wartung und Kontrolle. Hinzu kommt die Hinwirkung der LHP an die Betreiber/-innen der Bahnhöfe (Deutsche Bahn) insbesondere zur vollständigen barrierefreien Gestaltung. Aufgrund des unterschiedlichen Mobilitätsverhaltens soll eine Perspektive von älteren Menschen hierbei explizit berücksichtigt werden.</p>		
Begründung	<p>Ein barrierefreier ÖPNV bietet mehr Komfort und Zugänglichkeit für alle Fahrgäste, unabhängig von speziellen Bedürfnissen oder einer Behinderung. Auch Familien mit Kinderwagen oder ältere Menschen mit Gehhilfen oder Rollatoren profitieren von der Barrierefreiheit.</p> <p>Darüber hinaus sieht die <i>UN-Behindertenrechtskonvention</i> vor, dass der ÖPNV barrierefrei werden muss. Laut dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) muss seit Januar 2022 der ÖPNV barrierefrei gestaltet sein.</p>		
Zielgruppe	Alle Bürger/-innen der Stadt Potsdam, insbesondere ältere Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung (Gehbehinderung)		
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	VIP Verkehrsbetrieb Potsdam, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (47)		
Beteiligte	Beauftragte für Menschen mit Behinderung (904), Deutsche Bahn		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Maßnahme: 200.000 € p. J. für den Ausbau der Bushaltestellen - Finanzierungsquelle: Haushaltsmittel - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 47 		
Zeitlicher Rahmen	bis Ende 2026: Erhebung des Bestands bis Ende 2027: Umsetzung		

Titel der Maßnahme	M2: Ausbau einer barrierefreien Infrastruktur im öffentlichen Raum		
Ziel der Maßnahme	Förderung der Teilhabe älterer Menschen mit Mobilitätseinschränkungen im öffentlichen Raum.		
Beschreibung der Maßnahme	<p>Die Maßnahme umfasst zum einen die Identifizierung von prioritären Standorten, an denen abgesenkte Bordsteinkanten im öffentlichen Raum der Stadt Potsdam benötigt werden (z. B. Fußgängerüberwegen, Haltestellen des ÖPNV, Einkaufszentren, Parks und anderen frequentierten Orte) sowie die Planung und Umsetzung der entsprechenden baulichen Maßnahmen. Gemäß der <i>Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten“</i> vom 24. März 1995 sind Kommunen laut den getroffenen Vereinbarungen unter Punkt X und XI aufgefordert, Maßnahmen zur Umgestaltung von öffentlichen Plätzen und Gebäuden vorzunehmen. Darüber hinaus sollen Kommunen entsprechende Maßnahmen umsetzen, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, sich uneingeschränkt und ohne Barrieren in ihrer Mobilität zu bewegen.</p> <p>Weiterhin sollen unter dieser Maßnahme Sitzbänke neu aufgestellt bzw. im Stadtbild der Stadt Potsdam erweitert und in Ortspläne sowie „Echt Potsdam App“ eingetragen werden. Die Wartung und Kontrolle der Sitzbänke zählen darüber hinaus zur anvisierten Maßnahme.</p>		
Begründung	Die Absenkung von Bordsteinkanten ermöglicht vor allem älteren Menschen sowie Menschen mit Behinderungen eine selbstständige und unabhängige Teilnahme am öffentlichen Leben, da sie ohne Hindernisse die Straße überqueren können. Die Aufstellung von Bänken im ländlichen Raum sowie die Erweiterung von Sitzbänken tragen dazu bei, die Lebens- und Aufenthaltsqualität aller Bürger/-innen, insbesondere ältere Bürger/-innen zu verbessern.		
Zielgruppe	Alle Bürger/-innen, insbesondere ältere, mobilitätseingeschränkte Menschen sowie Menschen mit Behinderungen		
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (47)		
Beteiligte	Beauftragte für Menschen mit Behinderungen (904), Beirat für Menschen mit Behinderungen, Seniorenbeirat, Stadtwerke Potsdam (SWP)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Maßnahme: ca. 100.000 € pro Jahr - Finanzierungsquelle: Haushaltsmittel und Sponsoring für Bänke - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig:47 		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, fortlaufend bis Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit in der Stadt erreicht ist.		

Titel der Maßnahme	M3: Prüfung der Einrichtung von ausgewiesenen Abstellflächen für Elektroroller im Zuge des Aufbaus von Mobilitätspunkten im Stadtgebiet		
Ziel der Maßnahme	Sichere Abstellung von Elektrorollern im Stadtgebiet, Vermeidung von Stolperfallen/Sturzprävention.		
Maßnahme	Damit auf den Geh- und Radwegen Elektroroller nicht mehr zur Stolper- und Sicherheitsgefahr für andere Beteiligte im Straßenverkehr werden, sollen bei dieser Maßnahme ausgewiesene Abstellflächen für eine ordnungsgemäße Abstellung der Roller an öffentlichen Plätzen (Hauptbahnhof, Innenstadt, Platz der Einheit etc.) eingerichtet werden. Ohne rechtliche Grundlage kann die Ordnungsbehörde gegen das Abstellen von Elektrokleinstfahrzeugen nicht tätig werden. Es ergibt sich eine Regelungslücke, welche auf kommunaler Ebene durch eine entsprechende Verordnung geschlossen werden muss. Daher soll im ersten Schritt die Veröffentlichung einer solchen Verordnung geprüft werden.		
Begründung	Nach einer Fahrt mit einem Elektroroller werden diese von den Nutzenden achtlos auf dem Geh- und Radweg stehen gelassen. Vor allem für blinde, seh- und gehbehinderte Menschen, aber auch Senior/-innen stellen die unachtsam abgestellten Roller eine hohe Stolpergefahr dar. Durch die Einrichtung von ausgewiesenen Abstellflächen soll eine sicherere Abstellmöglichkeit erfolgen.		
Zielgruppe	Alle Bürger/-innen in der Stadt Potsdam, insbesondere Senior/-innen		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (47)		
Beteiligte	Fachbereich Ordnung und Sicherheit (32), Anbieter/-innen der E-Roller, VIP Potsdam		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Ggf. Budget pro Jahr: ca. 50.000 € - Finanzierungsquelle: Haushaltsmittel - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig:47 		
Zeitlicher Rahmen	Bis Ende 2026		

Titel der Maßnahme	M4: Prüfung des Abbaus von Angsträumen in einzelnen Stadtteilen der Stadt Potsdam für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum		
Ziel der Maßnahme	Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf öffentlichen Plätzen in der Stadt Potsdam.		
Maßnahme	<p>Um der Situation in den Angsträumen zu begegnen, soll bei dieser Maßnahme geprüft werden, ob durch die Verbesserung der Beleuchtungssituation (Installation weiterer Lampen bzw. den Austausch von Leuchtmitteln für mehr Helligkeit) für ein erhöhtes Sicherheitsempfinden der Einwohner/-innen verbessert werden kann. Ausgangspunkt sind jedoch raumspezifische Analysen, um Angsträume zunächst lokalisieren zu können. Dies kann entweder über Beteiligungsformate oder über Sicherheitsbefragungen erfolgen. Eine Erweiterung des Stellenpools des Ordnungsamts ist zu prüfen. Außerdem soll die neue Beteiligungsplattform <i>Mitgestalten.potsdam.de</i> unter den Bürger/-innen bekannt gemacht werden, damit sie Bedarfe oder Infrastrukturprobleme (z. B. defekte Straßenlaternen) direkt online an die LHP melden können. Darüber hinaus haben Bürger/-innen aber auch die Möglichkeit, konkrete Vorschläge oder Problembereiche direkt per E-Mail an <i>Beleuchtung@Rathaus.Potsdam.de</i> zu senden.</p>		
Begründung	<p>Öffentliche, städtische Räume, die ein Gefühl der Unsicherheit hervorrufen, werden als sogenannte Angsträume bezeichnet. Angsträume können mitunter die Mobilität einschränken und dadurch die Teilhabe am öffentlichen Leben beeinträchtigen. Unter dieser Situation fühlen sich insbesondere Senior/-innen, aber auch andere Einwohner/-innen aus den o. g. Stadtteilen, vor allem in den Abendstunden auf dem Weg nach Hause nicht sicher.</p>		
Zielgruppe	Alle Einwohner/-innen der oben genannten Sozialräume, insbesondere Senior/-innen		
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Bereich Verkehr und Technik (475), Fachbereich Ordnung und Sicherheit (32)		
Beteiligte	Fachbereich Stadtplanung (41), Polizei		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Maßnahme: nein, da nur Prüfauftrag - Finanzierungsquelle: - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: HH 		
Zeitlicher Rahmen	Bis 2028		

Titel der Maßnahme	M5: Bewerbung von Fahrsicherheits- und Mobilitätstrainings für eine sichere Teilnahme von älteren Personen am Straßenverkehr		
Ziel der Maßnahme	Erhalt der Mobilität und Selbstständigkeit von Senior/-innen sowie Menschen mit Behinderungen. Förderung einer sicheren Teilnahme von Senior/-innen am Straßenverkehr mit dem Fahrrad, Auto oder ÖPNV.		
Beschreibung der Maßnahme	Bei dieser Maßnahme steht die Bewerbung von eigenverantwortlichen Fahrsicherheitstrainings durch die Verkehrswacht Potsdam für Senior/-innen (mit E-Bike und Auto) sowie die Durchführung von Mobilitätstrainings durch die VIP für mobilitätseingeschränkte ältere Menschen mit einem Rollator oder Rollstuhl im Vordergrund. Das Mobilitätstraining der VIP wird von qualifizierten Fachkräften durchgeführt und umfasst praktische Übungen zur richtigen Handhabung der Hilfsmittel, um Stürze oder Unfälle zu vermeiden sowie theoretische Instruktionen. Beide genannten Angebote sollen über verschiedene Kanäle beworben und bekannt gemacht werden.		
Begründung	Fahrsicherheitstrainings bieten Senior/-innen die Gelegenheit, ihre Fahrkenntnisse aufzufrischen, Sicherheitstechniken zu erlernen und sicheres Verhalten im Straßenverkehr zu trainieren. Für ältere Menschen mit Gehhilfen oder Rollstühlen kann der Ein- und Ausstieg aus dem ÖPNV zu einer Herausforderung werden, die Unsicherheit und Ängste hervorruft..		
Zielgruppe	Senior/-innen ab dem 65. Lebensjahr		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeiten	Altenhilfekoordination (FB 38)		
Beteiligte	Seniorenbeirat, <i>Verkehrswacht Potsdam e. V.</i> , VIP Verkehrsbetrieb Potsdam, Presse und Kommunikation (991)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Ggf. Budget pro Jahr: 5.000 € für Öffentlichkeitsarbeit - Finanzierungsquelle: Haushalt - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 38 		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, Fortlaufend		

Wohnen und Leben im Quartier altersgerecht gestalten

Im Folgenden werden die Maßnahmen zum Handlungsfeld „Wohnen und Leben im Quartier altersgerecht gestalten“ vorgestellt. Dieses beinhaltet die folgenden fünf Maßnahmen:

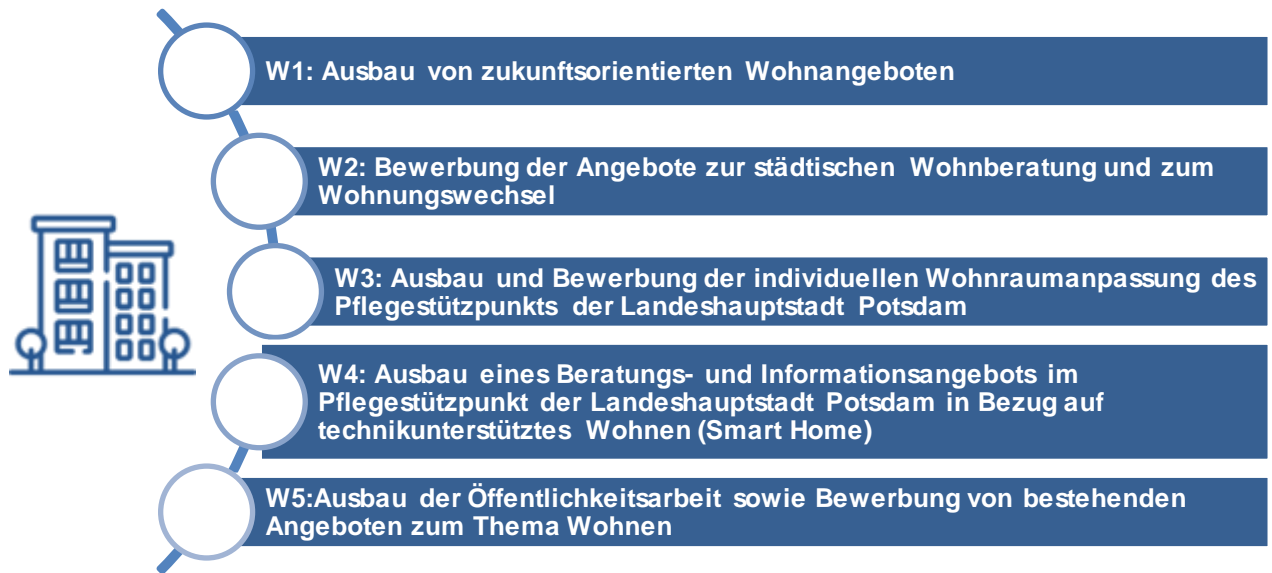


Abbildung 18: Maßnahmen zum Handlungsfeld Wohnen und Leben im Quartier altersgerecht gestalten (eigene Darstellung).

Titel der Maßnahme	W1: Ausbau von zukunftsorientierten Wohnangeboten		
Ziel der Maßnahme	Ausbau von Wohnangeboten von bezahlbaren, kleinen Wohnungen (+ Möglichkeit des <i>Service-Wohnens/Betreuten Wohnens</i>) sowie <i>Cluster-Wohnungen</i> .		
Beschreibung der Maßnahme	<p>Unter dieser Maßnahme soll von Seiten der LHP eine Kontaktaufnahme zu Investoren und Wohnungsunternehmen erfolgen, um auf Basis definierter Zielgrößen (Anzahl und Größe Wohneinheiten, Grundrissanforderungen, Lage im Gebäude etc.) und/oder räumlichen Vorgaben (z. B. Stadtteile) darauf hinzuwirken, dass diese zukunftsorientierte Wohnangebote mit Blick auf ein selbstbestimmtes Wohnen schaffen und weiter ausbauen. Denkbar ist auch die Nutzung von Konzeptvergaben von städtischen Grundstücken mit vorgegebenem Zweck an soziale Träger.</p> <p>Dies umfasst im Einzelnen die Berücksichtigung im Neubau von:</p> <ul style="list-style-type: none"> - kleinen Wohnungen, in denen auch die Möglichkeit des betreuten Wohnens bzw. des <i>Service-Wohnens</i> besteht. - <i>Cluster-Wohnungen</i>, die flexibel für eine größere Anzahl von Menschen nutzbar ist (bspw. Seniorinnen- und/oder Senioren-WG, Studierenden WG etc.) 		
Begründung	<p>Die Zahl älterer Menschen in der Stadt Potsdam steigt, aber es fehlt an ausreichend barrierefreien Wohnungen. Hinzu kommt, dass sich die Bedürfnisse älterer Menschen verändern. So werden, wie die <i>Carestone Trendstudie „Urbanes Leben im Alter“</i> (2021) aufzeigt, Individualität und Selbstbestimmung für die zukünftige Senior/-innengeneration bedeutsamer. Vor diesem Hintergrund werden neue, quartiers- und gemeinschaftsorientierte Formen des Wohnens im Alter in Potsdam benötigt. Die Ergebnisse der <i>Seniorenbefragung</i> (LHP 2023) verdeutlichen den Bedarf an <i>Service-Wohnen/Betreuem Wohnen</i>. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse des Pflegebedarfsplans der LHP, dass die bisherigen Angebote an Wohnungen im Betreuten Wohnen/Service Wohnen nicht ausreichend sind. <i>Cluster-Wohnungen</i> bieten einen Beitrag zur Diversifizierung des Wohnungsbestandes. Sie schaffen Raum für neue Wohnbedarfe und Lebensstile und erhöhen somit das Angebot und die Anpassungsfähigkeit des Wohnbestandes. Unter anderem wurde die Zielgruppe der queeren Senior*innen benannt.</p>		
Zielgruppe	Senior/-innen, insbesondere mit Pflegebedürftigkeit sowie Alleinwohnende Senior/-innen mit Wunsch nach Gemeinschaft		
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Fachbereich Stadtplanung (41)		
Beteiligte	<i>ProPotsdam GmbH</i> , Soziale Wohnungsunternehmen; Investoren, Fachbereich Soziales und Inklusion (38), Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration (39)		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Ggf. Budget pro Jahr: - Finanzierungsquelle: Keine Haushaltsrelevanz, da Umsetzung durch Dritte - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: HH durch: 		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, fortlaufend		

Titel der Maßnahme	W2: Bewerbung der Angebote zur städtischen Wohnberatung und zum Wohnungswechsel		
Ziel der Maßnahme	Wirtschaftliche Sicherung eines angemessenen Wohnens im Alter. Verbleib älterer Menschen mit geringem Einkommen in ihrem Wohnumfeld		
Beschreibung der Maßnahme	Senior/-innen sollen auf das städtische Angebot der Wohnberatung bzw. die Beratung zum Wohnungswechsel in der Wilhelmgalerie aufmerksam gemacht werden. Die Schwerpunkte dieses Angebots umfassen hierbei: - Beratung zum Erlangen eines <i>Wohnberechtigungsscheins (WBS)</i> - Beratung von Bürger/-innen, insbesondere Senior/-innen bei gewünschtem bzw. notwendigem Wohnungswechsel von einer meist größeren in eine meist kleinere, altersgerechte Wohnung.		
Begründung	Die demografische Entwicklung in der Stadt Potsdam mit einer steigenden Zahl älterer Menschen und Hochaltrigen sowie dem Anstieg von Einpersonenhaushalten macht es erforderlich, eine Informations- und Beratungsstelle einzurichten, welche die ältere Generation zu Fragen eines möglichen Wohnungswechsels zur Anpassung an die geänderten Wohnbedürfnisse berät. Die Suche nach einer altersgerechten und bezahlbaren Wohnung als auch das Management eines Wohnungswechsels stellt für Senior/-innen mit zunehmendem Alter und abnehmenden körperlichen und geistigen Kräften ein Problem dar. Die Perspektive von Seniorinnen soll hierbei explizit berücksichtigt werden.		
Zielgruppe	Senior/-innen und ihre Angehörigen		
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Fachbereich Wohnen, Arbeit, Integration (39)		
Beteiligte	<i>ProPotsdam GmbH</i> , weitere Kooperationspartner der LHP		
Finanzielle Auswirkungen	- Kosten der Maßnahme: keine - Finanzierungsquelle: umgesetzt über bestehendes Personal - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: Personalaufwand 2026 durch FB 39		
Zeitlicher Rahmen	Ab 2026, fortlaufend		

Titel der Maßnahme	W3: Ausbau und Bewerbung der individuellen Wohnraumanpassung des Pflegestützpunkts der Landeshauptstadt Potsdam		
Ziel der Maßnahme	Erhalt der selbstständigen Wohn- und Lebensführung durch die Umgestaltung und Schaffung barrierefreier Wohnverhältnisse. Verbleib älterer Menschen in ihren Wohnungen und Wohnumfeld.		
Beschreibung der Maßnahme	In der kostenlosen Beratung zur individuellen Wohnraumanpassung des <i>Pflegestützpunkts</i> der LHP sollen Senior/-innen, pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen sowie Menschen mit Behinderungen und Interessierte über Maßnahmen zur Wohnraumanpassung informiert und beraten werden. Um diese Maßnahme umzusetzen, soll eine weitere Personalstelle im <i>Pflegestützpunkt</i> geschaffen werden. Zudem sollen die Mitarbeiter des <i>Pflegestützpunkt</i> regelmäßig zu Themen der Wohnraumberatung fortgebildet werden.		
Begründung	Die meisten Senior/-innen möchten möglichst lange selbstständig im eigenen Zuhause leben und alt werden, auch mit körperlichen Einschränkungen. Um dem Wunsch nach einer selbstbestimmten Lebensführung gerecht zu werden, muss das Zuhause an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden und ungehinderte Bewegung gewährleistet sein.		
Zielgruppe	Senior/-innen, Pflegende Angehörige		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	<i>Pflegestützpunkt</i> /Fachbereich Soziales und Inklusion (38)		
Beteiligte	Pflegekasse		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Ggf. Budget pro Jahr: 100.000 € (1,0 VZE Personalstelle) - Finanzierungsquelle: Drittmittelfinanzierung <i>Pakt für die Pflege</i> (80 %) - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: Nutzung Stellenpool refinanzierte Stellen. Zuständigkeit: 38 		
Zeitlicher Rahmen	2026 ff.		

Titel der Maßnahme	W4: Aufbau eines Beratungs- und Informationsangebots im Pflegestützpunkt in Bezug auf technikunterstütztes Wohnen (Smart Home)		
Ziel der Maßnahme	Förderung eines selbstbestimmten und weitestgehend eigenständigen Lebens im Alter in den eigenen vier Wänden durch die Installation einer intelligenten Wohnumgebung. Mehrwert „smarter“ Lösungen für Menschen mit Unterstützungs- und Hilfebedarf aufzeigen und sichtbar machen. Vermittlung von grundlegenden <i>Smart Home</i> Fähigkeiten für Menschen mit Beeinträchtigungen.		
Beschreibung der Maßnahme	Unter dieser Maßnahme sollen ältere Bürger/-innen und Interessierte in der kostenfreien Beratung des <i>Pflegestützpunkts</i> auf altersgerechte Assistenzsysteme (<i>AAL-Ambient Assisted Living</i>) im Sinne eines <i>Smart Homes</i> aufmerksam gemacht und informiert werden. Im Rahmen des Modellprojekts Smart City soll bereits im 2025 eine Ausschreibung zur Neugestaltung des Pflegehilfsmittelraums des <i>Pflegestützpunkts</i> erfolgen.		
Begründung	Digitale Technologien sollen das selbstständige Leben in den eigenen vier Wänden im Alter unterstützen und es Menschen auch bei Pflegebedürftigkeit ermöglichen, Zuhause wohnen zu bleiben. Dazu werden technische Assistenzsysteme ebenso wie sogenannte <i>Smart Home</i> -Technologien eingesetzt, die sowohl mit dem Internet als auch miteinander vernetzt sein können. Die Anwendungsbereiche dieser Technologien sind vielfältig. So gibt es Systeme, die die Sicherheit Zuhause erhöhen (z. B. zur Sturzerkennung, für den Brandschutz, intelligente Türöffnungssysteme oder Beleuchtungssysteme). Andere Systeme erleichtern die Haushaltsführung (z. B. Saug- oder Mähroboter) oder unterstützen die gesundheitliche oder pflegerische Versorgung (z. B. berührungslose Vitaldatenmessung, Telemedizin und Telepflege). Weiterhin können Verwaltungs- und Dienstleistungen mithilfe von digitalen Technologien von Zuhause aus beauftragt oder erledigt werden (z. B. die Beauftragung von Handwerkern oder Lieferdiensten).		
Zielgruppe	Senior/-innen, insbesondere mit Unterstützungs- und Pflegebedarf		
Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	<i>Pflegestützpunkt</i> /Fachbereich Soziales und Inklusion (38)		
Beteiligte	<i>ProPotsdam GmbH</i> , AG Smart City (902), Seniorenbeirat		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Budget: 180.000€ - Finanzierungsquelle: Fördermittel aus dem Modellprojekt Smart City (80%) - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: in der Mittelfristplanung der Haushaltssatzung 2025 enthalten. Zuständig: 902 		
Zeitlicher Rahmen	2026ff.		

Titel der Maßnahme	W5: Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit sowie Bewerbung von bestehenden Angeboten zum Thema Wohnen		
Ziel der Maßnahme	Information über Unterstützungsmöglichkeiten zur Sicherung der Bezahlbarkeit des Wohnens und zu alternativen bedarfsgerechten Wohnmöglichkeiten.		
Maßnahme	Damit die vielfältigen Unterstützungsangebote zum Thema Wohnen in der Bevölkerung bekannter werden und mehr in Anspruch genommen werden, soll die Öffentlichkeitsarbeit hierfür ausgebaut werden. Dies soll durch eine Optimierung der bestehenden Produkte der Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden.		
Begründung	Es bestehen zahlreiche Unterstützungsangebote, die stärker als bisher bekannt gemacht werden sollen.		
Zielgruppe	Senior/-innen ab dem 65. Lebensjahr		
Priorität	<input type="checkbox"/> 1 = höchste Priorität	<input checked="" type="checkbox"/> 2 = hohe Priorität	<input type="checkbox"/> 3 = mittlere Priorität
Zuständigkeit	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration (FB 39)		
Beteiligte	Fachbereich Soziales und Inklusion (38), Presse und Kommunikation (991), <i>ProPotsdam GmbH</i>		
Finanzielle Auswirkungen	<ul style="list-style-type: none"> - Kosten der Maßnahme: - Finanzierungsquelle: Umsetzung durch bestehendes Personal - Anmeldung für den Haushalt erforderlich? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: 		
Zeitlicher Rahmen	2026, fortlaufend		

